

Die Linkspartei – Verschuldungs- und Steuererhöhungspartei

Die Linkspartei bleibt eine Verschuldungs- und Steuererhöhungspartei. Seit unserer letzten Auflistung der finanzwirksamen Forderungen der Linkspartei sind zwischen September 2007 und Ende Juni 2008 über 120 Anträge und 12 Gesetzentwürfe eingebracht worden. Für dieses eine Jahr summiert sich das Gesamtforderungsvolumen auf gut **100 Mrd. Euro** (parlamentarische Anträge/ Gesetzentwürfe/Leitantrag Parteitag). Ganz selbstverständlich wird davon ausgegangen, dass der Bund für Länder und Kommunen finanziell einsteht. Auf die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes nimmt die Linkspartei selten Rücksicht.

Beispiele:

1) Rentenkampagne

Im vergangenen Jahr hat die Linkspartei eine Rentenkampagne gestartet, um „den sozialpolitischen Ausverkauf der Rente zu stoppen“. Drei Beispiele - herausgegriffen aus zahlreichen Initiativen- belegen Mehrausgaben des Bundes von rund **38 Mrd. Euro**.

Antrag „Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert West“ (Drs. 16/6734)

Als wesentlicher Grund für die Forderung nach Angleichung des Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert West werden die mittlerweile angeglichenen Lebenshaltungskosten in beiden Teilen der Republik genannt. Die Angleichung soll stufenweise bis spätestens 2012 erfolgen. Die Höherbewertung der Einkünfte in Ostdeutschland soll unverändert bleiben. Finanziert werden soll die Angleichung generell aus „Steuermitteln“.

Laut Beschlussempfehlung (Drs. 16/8443) bestehen gegen die sofortige Angleichung der Renten starke Bedenken, weil im Gegenzug dazu auch die Hochwertung der im Osten erzielten Arbeitsverdienste auf das Westniveau aufgegeben werden müsste. Dies ginge ganz einseitig auf Kosten der künftigen Rentnergeneration in den neuen Ländern. Außerdem scheidet eine sofortige Angleichung der Ost- an die Westrenten aus finanziellen Gründen aus. Eine Rentenangleichung würde die Rentenkasse zusätzlich mit rund **6,2 Mrd. Euro** belasten.

Antrag „Rente um vier Prozent erhöhen – Dämpfungsfaktoren abschaffen“ (Drs. 16/9068)

Die Antragsteller führen aus, dass eine Rentenerhöhung gemäß Renten Anpassungsgesetz 2008 um 1,1 Prozent angesichts der massiven Preissteigerungen zu wenig sei. Sie fordern daher eine Anhebung der Renten um 4 Prozent, um die Auswirkungen der Rentenkürzungen der letzten Jahre zu kompensieren und für die Zukunft, dass die weitere Entwicklung der Rente der -ungekürzten- Lohnentwicklung folgt. Eingeführte Dämpfungsfaktoren sollen abgeschafft werden.

Die Kosten dieses Antrages belaufen sich auf jährlich **9,8 Mrd. Euro**.

Antrag „Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Einkommen stärken“ (Drs. 16/7038)

Die Antragsteller beklagen, dass die gesetzliche Rente für Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Einkommen, nicht oberhalb des Grundsicherungsniveaus liege. Sie fordern daher den Solidarausgleich in der Gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung soll die Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Abflachung der damit verbundenen Rentensteigerungen schrittweise an- bzw. längerfristig aufgehoben werden. Weiterhin sollen Lücken in den Rentenbiografien geschlossen werden.

Zwei konkrete Forderungen zur Schließung der Lücke zeigen, dass sich die Kosten dieses Antrages auf über **22 Mrd. Euro** belaufen: Die geforderte Rentenversicherungspflicht der Bezieher von ALG II würde beispielsweise zu Belastungen des Bundes in Höhe von 10 Mrd. Euro jährlich führen. Die Anerkennung von drei Kindererziehungsjahren auch für Geburten vor 1992 für Bestand und Zugang würde aktuell zu jährlichen Rentenmehrausgaben in Höhe von rund 12 Mrd. Euro führen.

2) Entschließungsantrag zum Bundeshaushalt 2008 (Drs. 16/7335)

In diesem Entschließungsantrag stellt die Linksfraktion Forderungen nach mehr Haushaltsmitteln. U. a. werden gefordert:

- **3,0 Mrd. Euro** für eine kommunale Investitionspauschale,
- **2,0 Mrd. Euro** zum Ausbau der Kinderbetreuung,
- **2,0 Mrd. Euro** für einen attraktiven ÖPNV
- **2,5 Mrd. Euro** zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate).

3) Parteitagsbeschluss

Auf ihrem Parteitag in Cottbus wurde mal eben ein 50-Milliarden-Euro schweres Investitionsprogramm beschlossen – und zwar jährlich! Aufgeteilt sind diese 50 Mrd. Euro auf folgende Bereiche:

Ganztagsschulen und Kinderbetreuung, Weiterbildung und Hochschulen und die Ausweitung von BAföG-Leistungen	20 Mrd. Euro
Gesundheitswesen insbesondere Krankenhausfinanzierung, Prävention und industrieunabhängige Forschung	5 Mrd. Euro
Ökologischer Umbau insbesondere Investitionen in Energieeinsparung und erneuerbare Energien, Abwasser-versorgung und Verkehr	15 Mrd. Euro
500.000 öffentlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für Langzeitarbeitslose	10 Mrd. Euro
Insgesamt	50 Mrd. Euro

Zur Gegenfinanzierung bietet die Linkspartei das üblich Populistische an: Sie fordert unter anderem die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine stärkere Unternehmensbesteuerung, sowie eine Börsenumsatzsteuer.

Fazit:

Unsere letzte Auflistung sah finanzwirksame Forderungen von rund 154,7 Mrd. Euro vor. Zuzüglich der oben genannten rd. 100 Mrd. Euro ergibt sich damit ein Forderungskatalog für die vergangenen drei Jahre von insgesamt rund **255 Mrd. Euro**. Diese Summe liegt inzwischen fast bei den Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2008 (283,2 Mrd. Euro). Kurzum: Es bräuchte einen zweiten Haushalt, um all die Forderungen der Linkspartei finanzieren zu können.

Selbst Teilen der „Linken“ wird es angesichts der immer horrender werdenden Ausgabenforderungen langsam mulmig.

- Von „**Luftschlössern**, für die wir nicht gewählt werden“ spricht der sachsen-anhaltinische Landesvorsitzende **Matthias Hohn**.
- Der beschriebene Weg sei „**grundsätzlich falsch**“, sagt der ehemalige Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, **Helmut Holter**.
- Die **Finanzpolitiker der Linken** schreiben in einem „Brandbrief“ an den Parteivorstand, dass für ein 50-Milliarden-Programm „schlichtweg keine Finanzmittel zur Verfügung“ stehen. Der Antrag sei „**zutiefst unseriös**“. Das Programm sei mit „**rein fiktiven Mehreinnahmen** untersetzt“ und weise „**Fehlbeträge im hohen zweistelligen Milliarden-Euro-Bereich**“ auf.